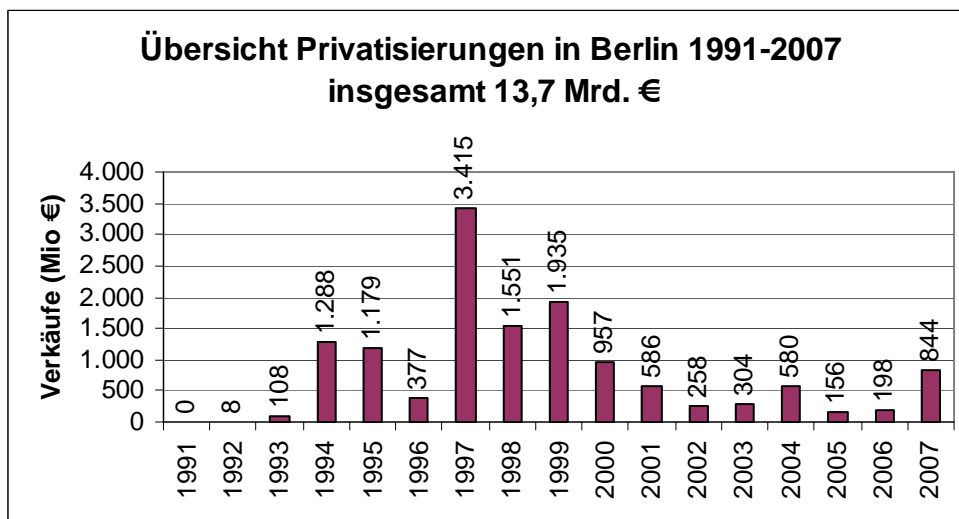


**Zur Privatisierung
von Bildung, Erziehung
und anderen Staatsaufgaben**

1. Zielobjekte der Privatisierung

Die Hoffnung, dass sich mit der Privatisierung von Bewag, Gasag, 140.000 Wohnungen, des Banken- und Kreditwesens, der Wasserbetriebe und Teile des Gebäudemanagements die Gier privater „Investoren“ erschöpfen würde, hat sich als Irrtum erwiesen.

Tabelle: ohne Verkauf der Bankgesellschaft Berlin 2007 für 4.622 Mio. €



Letztendlich möchte das private Kapital alle Aufgaben des Staats übernehmen, die Gewinne versprechen.

Das ist kein Horrorszenario, sondern Abbild der Wirklichkeit. Viele originär staatliche Bereiche sind faktisch privatisiert. Das gilt im Besonderen für die Bildung und hier besonders für die vorschulische Erziehung. Kindergärten werden überwiegend privat betrieben. Der tapfere Kampf der Kindergärtnerinnen gegen die Privatisierung blieb erfolglos.

Aber auch die anderen Bereiche der Bildung sollen privatisiert oder zumindest dem beherrschenden ökonomischen und ideologischen Einfluss privater Firmen unterworfen werden: Das Privatschulnetz wird ausge-

baut, private Universitäten gegründet, der indirekte Einfluss über die Drittförderungsmittel verstärkt.

Wo die direkte Übernahme (noch) nicht möglich ist, wird über private Mitwirkung (PPP oder- deutsch- ÖPP) der Einfluss genommen.

Die Ziele gehen aber weit darüber hinaus: Gefängnisse sollen übernommen werden, ja die ganzen regionalen Verwaltungen sollen privatisiert werden. In England und den USA ist das schon gesellschaftliche Realität. Es soll also niemand glauben, hier würden Horrorszenarien geschildert. Wer die „zerstörerische Kraft des Kapitals“ (Schumpeter) unterschätzt, wird ein böses Erwachen erleben.

Das Ziel der kapitalistischen Privatwirtschaft ist es, möglichst alle staatlichen Aufgaben zu übernehmen. Auf diesem Weg gewinnt man die Herrschaft über die Menschen: Man bestimmt deren Bedürfnisse - und die Bedingungen ihrer Befriedigung.

2. Methoden der Durchsetzung

Privatisierungen müssen ideologisch vorbereitet werden. Dabei hat sich das private Kapital als überaus erfindungsreich erwiesen. Das gilt sowohl für den Einfluss auf die Entscheidungsgremien, wie Parlamentarier und Mitglieder der europäischen Gremien, als auch für die ideologische Beeinflussung der Bevölkerung, die dann die Privatisierungen akzeptieren oder gar begrüßen soll.

2.1 Basis der Methodik

Grundlage für den Drang in staatliche Aufgaben ist das Kapital: Es gibt zu viel davon! Diese „Anlagenot“ korrespondiert mit einer Geldnot der Staaten, Städte und Kommunen. Diese Geldnot des Staates wiederum ist das Ergebnis eines Wettbewerbs, das Kapital durch möglichst geringe Abgaben als Investoren zu gewinnen.

Das so erzeugte Bedürfnis, sich zur Erfüllung staatlicher Aufgaben auch des privaten Kapitals zu bedienen, fördert - nach Anhäufung eines teilweise gewaltigen Schuldenbergs,- die Bereitschaft, Aufgaben, die von Privaten scheinbar billiger angeboten wurden, aufzugeben und den Privaten vollständig zu überlassen.

Um das Feld dafür vorzubereiten, lief eine jahrelange Kampagne. Angeprangert wurde die angebliche Unbeweglichkeit, Bequemlichkeit, Reformunwilligkeit der Staatsbediensteten. Sie mündete in der einfachen Feststellung: Private machen alles billiger und besser!

Diese Ideologie hat sich – obgleich vielfach widerlegt - weitgehend durchgesetzt und bestimmt noch immer das Bewusstsein der Bevölkerung.

Das Kapital ist aus diesen Kampagnen so oft als Sieger hervorgegangen, weil es sich der Medien bemächtigt hat. Die privaten Medien können finanziell nicht bestehen, wenn sie sich den Interessen der Inserenten und der Werbung versagen würden und gar deren notwendig kapitalistische Ideologie bekämpften.

2.2 Die Billig-Macher

Die einfachste Form, die Politiker von einer Privatisierung zu überzeugen, ist noch immer die „Billiger-Variante“, deren Opfer die staatlichen Kindergärten wurden. Die besten Argumente, die realistischen Szenarien einer gesellschaftlichen Isolation der verbleibenden staatlichen Kindergärten, das Bild einer Gesellschaft, die schon im Kindergarten die Schichtengesellschaft festschreibt und bestimmte sozial und weltanschaulich definierte Gruppen ausgrenzt - das alles konnte nicht helfen, dem Spareifer der politischen Haushälter einen effektiven Widerstand entgegenzusetzen.

Das Argument der „leeren Kassen“ wirkt weiter und wird nach jeder Wahl neu bestätigt. Die (zumeist falsche) Behauptung, man verrate die kommende Generation, wenn man sie mit Schulden belaste und spiele mit der „Zukunftsfähigkeit“ Deutschlands, überredet noch immer Politiker und Öffentlichkeit.

2.3 Die Effizienz-Lüge

Wo das Argument, man erledige die Aufgabe billiger, nicht mehr zieht, wird die Ideologie erweitert: Private können alles, was der Staat tut - nur besser und vor allem schneller.

Diese Ideologie bestimmt die Diskussion um die Öffentlich-Privaten- Partnerschaften (ÖPP – PPP). Überdies vertritt man hier schon die klare kapitalistische Ideologie:

Der Staat dürfe nichts machen, was auch Private leisten können.

Dabei werden sie von der EU unterstützt.

Obwohl sich in weiten Teilen Deutschland die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass ÖPP-Projekte die teuerste Art sind, sich zu verschulden, wird auch gegen den erbitterten Widerstand regionaler Politiker dieses Modell rücksichtslos vorangetrieben.

In Berlin allerdings konnten die von der Finanzverwaltung, willigen Stadträten, sowie von der IHK Berlin lauthals geforderte Schul - ÖPP-Projekte

in Reinickendorf, Spandau und Treptow/Köpenick zunächst einmal beendet werden. Doch die Berater-Branche ruht nicht. Sie suchen nach lohnenden Anlagemöglichkeiten für Investoren, **echten** Forderungsansprüchen, **echten** Werten!

2.4 Die Einschleichtaktik

Die wohl hinterlistigste, aber auf Dauer auch den besten Erfolg versprechende Strategie ist die, sich in das Bildungssystem einzuschleichen und selbst zu bestimmen, was gedacht werden soll. Wie diese Strategie funktioniert, kann man schon jetzt im Bildungswesen verfolgen. Sie ist eng mit dem Namen Bertelsmann verbunden:

Die Grundlagen dieser Strategie sind:

- Herrschaft über die Begrifflichkeiten
- Herrschaft über Vorgaben und Ziele der Bildungspolitik
- Herrschaft schließlich auch über die Bildungsinstitutionen

2.4.1 Herrschaft über die Begrifflichkeiten

Die Herrschaft über Begrifflichkeiten bedeutet in diesem Zusammenhang, an sich negative Entwicklungen mit positiv empfundenen Begriffen zu verbinden.

Zu solchen Begriffen gehören die Begriffe „Gewährleistungsstaat“, „Selbstverwaltung“ und „Autonomie der Schulen“, „Qualitätsmanagement“ und „Erfolgskontrolle“.

Unter Gewährleistungsstaat versteht unbefangener Mensch, der Staat solle den Verfassungsauftrag erfüllen und den Bürgern ermöglichen, ein selbstverwirklichtes Leben zu führen. In Wahrheit ist er ein Kampfbegriff des Neoliberalismus. Das Ziel: Der Staat soll seine Aufgaben nicht selbst wahrnehmen, sondern nur „gewährleisten“, dass sie – von den Privaten – erledigt werden. Gewährleisten bedeutet: Bezahlen und möglichst wenig kontrollieren.

Mit Erfolg: Der Staat hat in den letzten Jahren massiv öffentliche Wirtschaftsbetriebe verkauft und verlor die Herrschaft über die Lebensgrundlagen der Menschen: Strom, Gas, Wasser, Wohnungen, Verkehrsbetriebe, Krankenhäuser, alle sind allein den Gewinninteressen der Betreiber unterworfen.

Da der Staat auch weiterhin arm bleibt, bestimmen private Unternehmen, in welchem Maße Mobilität, Gesundheit, Lebensgestaltung, Heim und Familie gewährt werden – bis hin zu der Frage, wie oft man baden kann und wie viele Zimmer man heizen darf.

Weniger spektakulär, aber wahrscheinlich nachhaltig verheerender ist die Vermarktung der Bildung nicht mehr als Gut, das allen Menschen zu- steht, sondern als **Bildungsdienstleistung**. Damit wird die Qualität der Bildung als Grundrecht, das allen zusteht, untergraben. Man spricht des- halb nicht man von Gleichheit, die alle Menschen beanspruchen können, sondern benutzt den verschleiernden Begriff der „Chancengleichheit“. Man bietet die Chance, Bildung zu erwerben. Wer sie nicht nutzt, ist aus dem Rennen – und zwar aus eigener „Schuld“. Dass viele Menschen gar keine Möglichkeit haben, die Angebote wahrzunehmen, stört das private Kapital nicht. Zu ihren „Grundwerten“ gehört der soziale Friede und das Recht des Menschen nach Selbstverwirklichung nicht. Jeder hat die Chance, Astronaut zu werden! Wer das „Angebot“ nicht nutzen kann, hat eben Pech!

Hier hilft dem Kapital auch die Europäische Union:

In dem allgemeinen Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (1994) GATS, wurden Bildungsdienstleistungen definiert, mit der Verabschie- dung der EU-Dienstleistungsrichtlinie vom 16.11.2006 wurde der inner- europäische Handel auch für private Bildungsdienstleistungen möglich und Norm!

Die Folge: Privat finanzierte Angebote im Vorschulbereich (Kindergär- ten), schulische und berufsbildende Angebote unterhalb der Hochschule und Erwachsenenbildung sind bereits „liberalisiert“. Öffentliche Subven- tionen aber verstoßen gegen das GATS Abkommen, wenn die subventi- onierte Bildungseinrichtung im Wettbewerb mit privaten Anbietern steht! Wie lange hier die EU über den Begriff „hoheitliche Aufgabe“ noch viele Bildungsangebote schützt, ist offen. Die Abgrenzung zwischen öffentli- cher Bildung und Privater Bildung ist nicht immer eindeutig. Die EU Dienstleistungsrichtlinie will das von „Fall zu Fall“ beurteilen – nach eige- nen Erwägungen. Genau hier liegt das Einfallstor für die Privaten!

Die positive Entwicklung, den Schulen die Möglichkeiten zu geben, ge- zielt auf die individuellen Bedürfnisse der Schülerschaft einzugehen, wird über die Forderung nach Transparenz, Effektivität und Wettbewerb teil- weise in ihr Gegenteil verkehrt.

Die Tests, die das „Wissen“ abfragen, werden von der Bertelsmannstiftung entwickelt. Das heißt: Der schulische „Erfolg“ wird an den Maßstäben einer Institution gemessen, die allein der Vermark- tung des Wissens und ihrer Verwertbarkeit dient.

2.4.2 Herrschaft über Vorgaben und Ziele der Bildungspolitik

So gelingt der Einbruch in die Lehr- und Lerninhalte:

Wer sich nicht den Vorgaben der Bertelsmann-Stiftung unterwirft, erzielt bei den Tests schlechte Ergebnisse – mit den Folgen bei Eltern, Schulverwaltung und Öffentlichkeit.

Wer die Abfrage beherrscht, beherrscht auch die Inhalte. Denn die Schule muss sich an den Inhalten der Abfrage orientieren, wenn sie nicht „durchfallen“ will. Und wenn der Abfragende dann auch gleich noch die Lehr- und Lernmittel ausliefert, die die „richtigen“ Inhalte vermitteln, dann hat er die Herrschaft über das Bildungswesen gewonnen.

2.4.3 Herrschaft über die Bildungsinstitutionen

Am Ende führt diese Entwicklung zu privaten Schulen, die aufgrund ihrer Schülersauslese zu besseren Ergebnissen führt – jedenfalls dann, wenn deren Werte die der Bertelsmannstiftung sind, die der Auslese verpflichtet ist.

Daher zwingt man alle bildungsorientierten Schichten, einen nicht unbedeutenden Teil ihrer Einkommen in die „Bildung“ ihrer Kinder zu investieren – und damit in Wahrheit die Konzerne der Bildungsdienstleistungen zu finanzieren.

3. Folgen

Über die Folgen der Privatisierung wurde in den Texten „Erkennen und Gestalten“ des Donnerstagskreises in vielen konkreten Fällen berichtet und ausführliche Analysen vorgenommen. Zwischenzeitlich haben 56% der deutschen Bevölkerung Erfahrungen mit Privatisierung gemacht, besonders in den Städten. Das Wort „Privatisierung“ hat mittlerweile in Deutschland einen schlechten Klang und wird daher nicht mehr gebraucht. Daher der Begriffwechsel zu Öffentlich–Privater–Partnerschaft, (ÖPP) die angeblich keine Privatisierung bedeute.

Hier sollen einige Folgen aufgezählt werden:

3.1 Demokratieabbau

Die Politik zieht sich aus immer mehr Feldern öffentlichen Lebens zurück. Wenn die Bürger sich früher über zu hohe Mieten, zu hohe Stromkosten, zu hohe Wasserpreise, zu hohe BVG-Tarife oder zu schlechte

Versorgung in den Krankenhäusern beklagten, konnte die Politik noch vor 15 Jahren unmittelbare Hilfe zusagen.

Heute ist die lakonische Antwort, dass man darauf keinen Einfluss habe. Allenfalls kommt es zu verlogenen Klagen, wie die über zu hohe Managergehälter, oder zu ebenso verlogenen Aufforderungen, einen Wettbewerb herzustellen, den es in Wahrheit gar nicht gibt, wie bei den Stromkonzernen am deutlichsten sichtbar wird. Beim Wasser ist die Konkurrenz nicht einmal denkbar.

Die fortschreitende Entmachtung der Politik, hat in der Bevölkerung bereits einen Grad der Verdrossenheit erreicht, der zur Folge hat, dass kaum noch die Hälfte der Bürger zur Wahl gehen. Umgekehrt führt das bei vielen Politikern, die die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit spüren, dazu, diese mit Zynismus für sich selbst verkräftbar zu machen. Auch wird die Politik von den wirklichen Machthabern nur verhöhnt: Voraussetzung für eine wissenschaftliche Hochschule sei es, „dass die Wissenschaftler und nicht die Bürokraten oder die Politiker die Verantwortung“ haben (CHE-Centrum für Hochschulentwicklung, eine Tochter der Bertelsmannstiftung). Die „Wissenschaftler“ aber hängen in diesen Hochschulen von den Sponsoren ab.

Wenn ganze Kommunen von der Bertelsmanntochter ARVATO verwaltet werden, dann erübrigt sich auch die Wahl und damit die Kosten für Gemeinderäte, Landräte, Bezirksverordnete und Stadträte. Man kann sie abschaffen und das Abgeordnetenhaus auf 30 Abgeordnete reduzieren, die dann als Hauptausschuss die Zuweisung der Gelder legitimieren. Dieses System würde die wahren Machtverhältnisse widerspiegeln.

3.2. Steigende Verbraucherpreise

Jeder weiß es, jeder spürt es, die Wohnnebenkosten steigen.

Gas, Wasser, Strom – der Markt ist aufgeteilt, die Konzerne schlagen zu. Die Bürger müssen zahlen!

3.3. Abbau von Produktion, Fachwissen und Arbeitsplätzen

Bei allen privatisierten Betrieben in Berlin

- Stromversorgung
- Gasversorgung
- Sparkasse/Bankgesellschaft Berlin
- Bundesdruckerei
- Wasserbetriebe

wurden die Arbeitsplätze im Betrieb und bei handwerklichen Dienstleistern, die für diese Betriebe arbeiteten, reduziert. Die Folge: Die Arbeitsplätze im abhängigen Mittelstand der Region nehmen dramatisch

ab. Werden bestimmte Dienstleistungen im Betrieb aus Gründen der „Effizienz“ nicht mehr erbracht, wird auch der junge Mitarbeiter nicht mehr eingestellt, der vom eingearbeiteten Fachwissen der Älteren lernen kann. Wissen geht für immer von Bord! Eine gnadenlose Konkurrenz um immer billigere Angebote wurde entfacht.

Insgesamt wurden in Berlin durch die Politik der Privatisierung mindestens 25.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichtet. Der Verlust von Arbeitsplätzen durch Kaufkraftverlust ist in diesen Zahlen nicht enthalten.

Spannend: Allein der Bereich Energie- und Wasserversorgung hatte 1991 insgesamt 29.400 Arbeitsplätze, davon waren Ende 2006 noch 13.000 Arbeitsplätze übrig, **also 16.400 Arbeitnehmer abgebaut!** Doch auch das privatisierte Kredit- und Versicherungsgewerbe hat abgebaut: 1991 noch 48.500 Arbeitsplätze und 2006 noch 38.200 besetzte Stellen. **Minus 10.300 !**

Im Gegenzug wachsen in Berlin die Arbeitsplätze im Bereich „öffentliche und private Dienstleister“, die statistisch nur gemeinsam erfasst werden. 1991 noch 531.500 Stellen im Jahr 2007 bereits 640.900 Stellen. Da die öffentliche Hand stetig Arbeitsplätze abbaut, von 1991-2001 finanzwirksam insgesamt 55.000 Stellen, und Politiker sich rühmen, damit den Haushalt zu sanieren, wächst zwingend der Bereich der privaten Dienstleister. Hier liegt nach den Wünschen der „Investoren“ der Dienstleistungswachstumsmarkt.

In diesen Bereich fallen auch die Begehren im Bildungsbereich endlich Gewinn zu erwirtschaften. Der Druck ist da. Er wird nicht nachlassen, weil das Kapital angelegt sein will.

4. Schlußfolgerung für die Sicherung der Staatsaufgaben

Die Menschen, die im Öffentlichen Bereich wichtige Arbeiten für unsere Kinder leisten, müssen gemeinsam mit der Bevölkerung:

- Öffentlich-Private Partnerschaften im Bildungsbereich ablehnen und aktiv und geschlossen bekämpfen,
- dafür sorgen, dass Bildungseinrichtungen, die bereits ganz oder teilweise privatisiert worden sind, wieder rekommunalisiert werden.
- dafür kämpfen, dass die vollständige Finanzierung der Bildungseinrichtungen aus dem öffentlichen Haushalt gewährleistet wird.

Berlin, den 15.02.2008

Gerlinde Schermer